

Ungesunde Ernährung als Folge sozialer Ungleichheit?

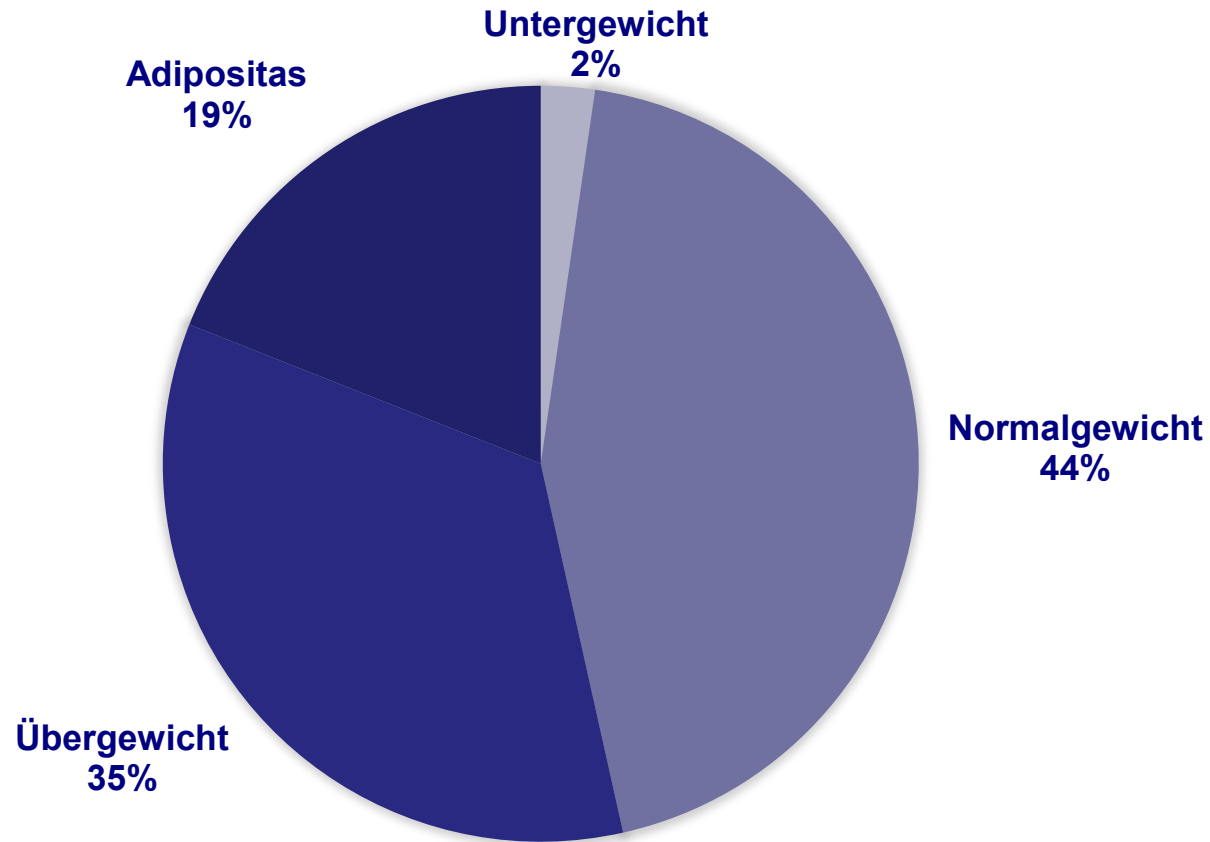
„Übergewichtsprävention oder Abnehmspritze?
Ernährung, Verantwortung und Gesundheit“

Tagung des ineges, 20. September 2024

Annalena Mayr

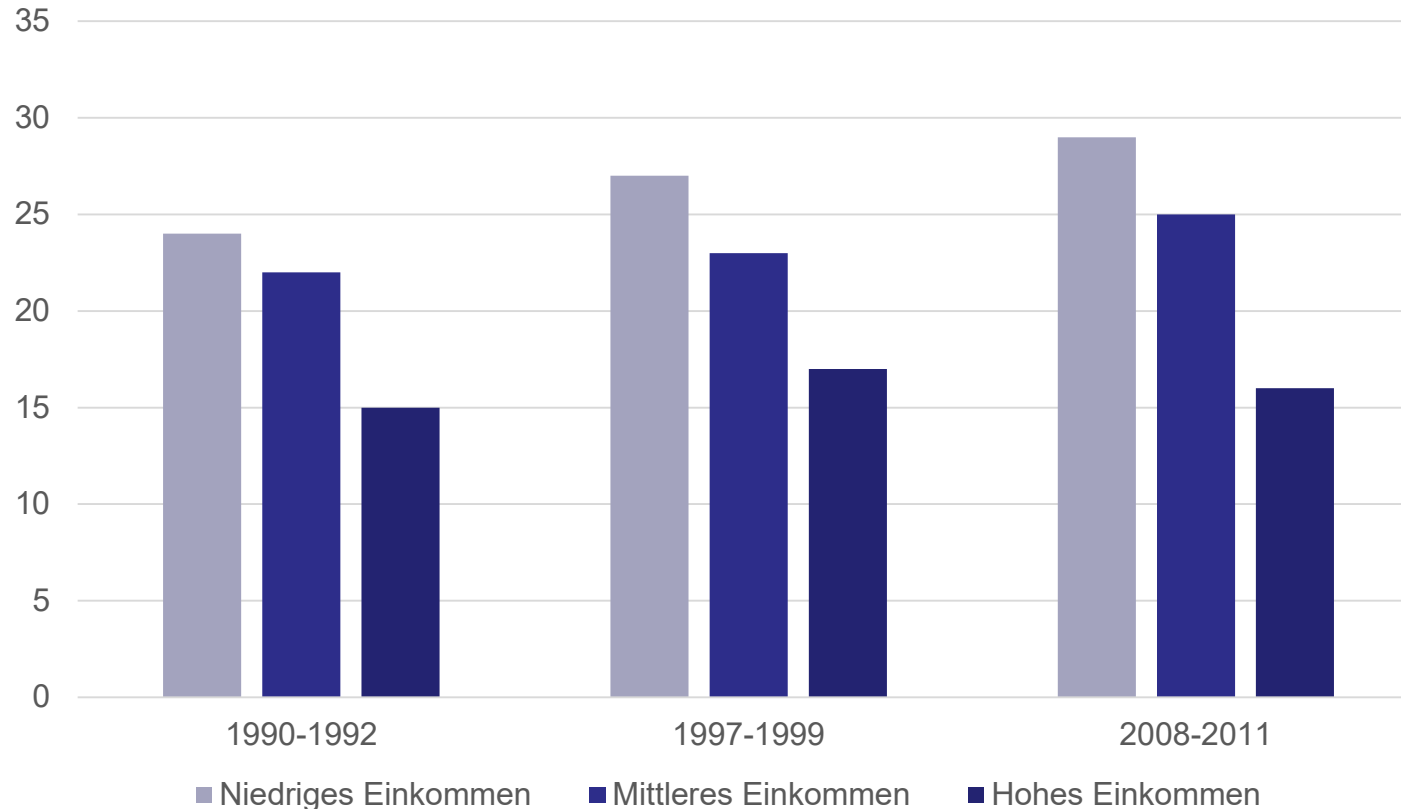


Ungesunde Ernährung als Ausgangspunkt



Schienkiewitz/Kuhnert/Blume/Mensink, Journal of Health Monitoring 3/2022, 23 (S. 23).

Ungesunde Ernährung als Ausgangspunkt



Hoebel/Kuntz/Kroll/Schienkiewitz/Finger/Lange/Lampert, Obes Facts 3/2019, 344 (S. 348).

Leitende Fragen

Ist ungesunde Ernährung eine Folge sozialer Ungleichheit?

Und wenn ja, wie ist diese Problematik unter Berücksichtigung völker- und verfassungsrechtlicher Vorgaben zur Existenzsicherung der Menschen zu bewerten?



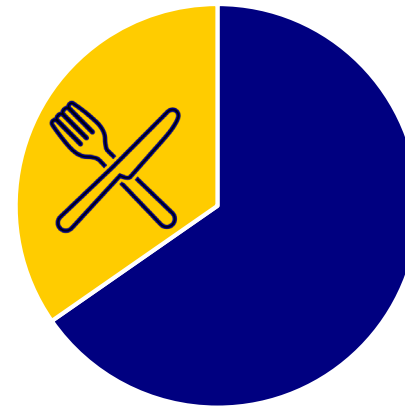
Inhalt des Vortrages

- I. Bürgergeld und der darin enthaltene Anteil für Nahrung
- II. Ernährungswissenschaftliche Studien zur Ernährung im Bürgergeldbezug
- III. Zusammenhang zwischen Ernährung und sozialer Ungleichheit
- IV. Völker- und verfassungsrechtliche Bewertung
- V. Staatliche Maßnahmen zur Verringerung der Ergebnisungleichheit



Bürgergeld und der darin enthaltene Anteil für Nahrung

Regelbedarf zur
Sicherung des Lebensunterhaltes

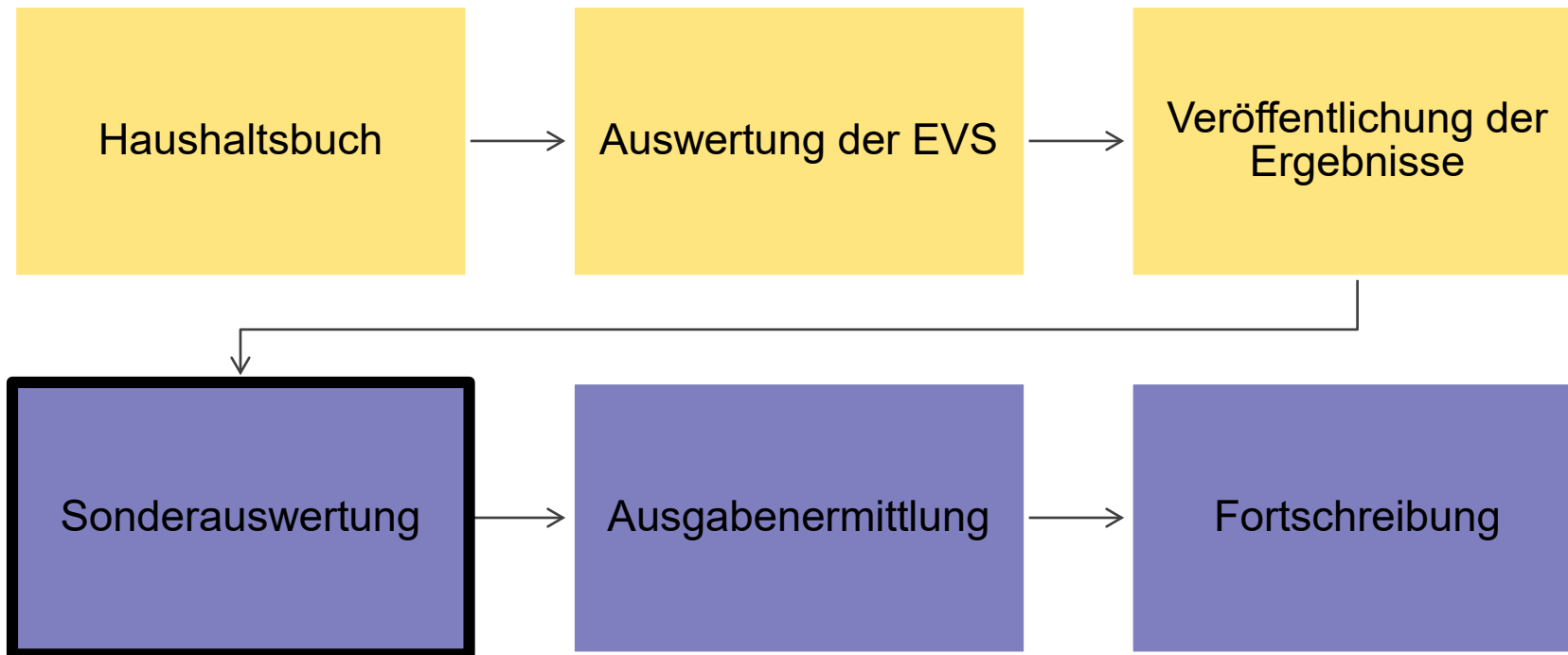


Insgesamt: 563 Euro

Davon Nahrung: 195,36 Euro

Pro Tag: 6,51 Euro für Essen und Getränke

Bürgergeld und der darin enthaltene Anteil für Nahrung



Ernährungswissenschaftliche Studien zur Ernährung im Bürgergeldbezug

- Thiele, 2011
 - Gesunde Ernährung teuer
 - Übersteigt Anteil im Regelbedarf um bis zu 10 Prozent
- Kabisch et al., 2021
 - Untersuchung sieben verschiedener Ernährungsmuster
 - Keines der Ernährungsmuster finanzierbar mit Ernährungsanteil

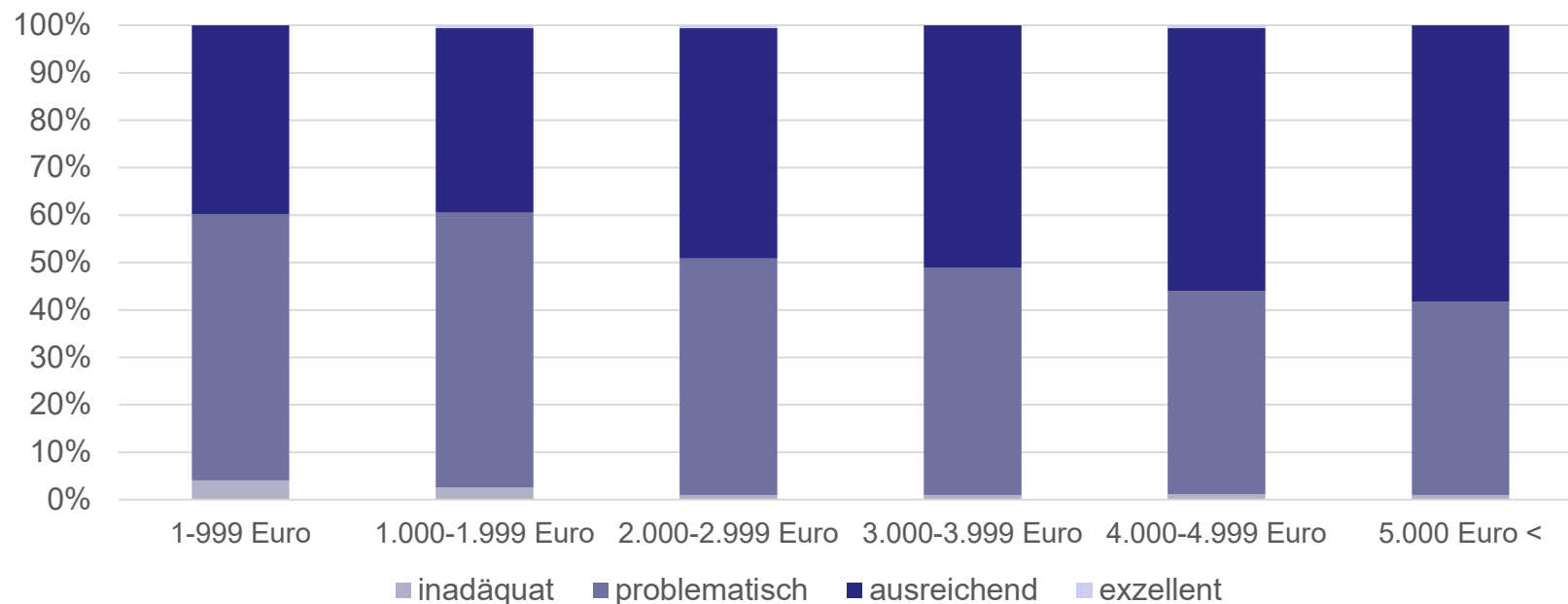
Wissenschaftlicher Beirat beim BMEL: es besteht eine Situation, „in der als gut belegt gilt, dass der Ernährungs- und Gesundheitszustand eng mit dem sozioökonomischen Status zusammenhängt und dass materielle und strukturelle Faktoren (wie das verfügbare Einkommen) einen maßgeblichen Einfluss haben“



Ernährungswissenschaftliche Studien zur Ernährung im Bürgergeldbezug

Ernährungskompetenz

- Wissen um Ernährung, Vorratshaltung und Zubereitung von Mahlzeiten



Kolpatzik/Zaubrecher, Ernährungskompetenz in Deutschland, 2020, S. 15.

Zusammenhang zwischen Ernährung und sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit besteht, wenn Personen einen ungleichen Zugang zu knappen Ressourcen haben, die ihre gesellschaftliche Position positiv oder negativ beeinflussen können

Determinante	Ursache	Dimension	Auswirkungen
Einkommen; Ernährungs- kompetenz; Psychosozialer Status	Kopplung des Zugangs zu gesunder Ernährung an vielfältige Komponenten	Ungleichheiten in gesunder/ ungesunder Ernährung	Gesundheitliche Probleme



Völkerrechtliche Bewertung

unter anderem in:

- Art. 27 Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention
- Art. 28 Abs. 2 UN-Behindertenrechtskonvention
- **Art. 11 Abs. 1 UN-Sozialpakt**

Art. 11 Abs. 1 UN-Sozialpakt:

Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden Menschen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine*ihre Familie an, einschließlich **ausreichender Ernährung**, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen.



Völkerrechtliche Bewertung

Inhalt des Art. 11 Abs. 1 UN-Sozialpakt

- Bestimmt sich nach den „vorherrschenden sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, klimatischen, ökologischen und anderen Bedingungen“
- Zwingend zu berücksichtigen ist „core content“

„Die Verfügbarkeit von Lebensmitteln in ausreichender Menge und Qualität, um die Ernährungsbedürfnisse des*der Einzelnen zu befriedigen, frei von schädlichen Stoffen und in einer bestimmten Kultur akzeptabel;

Der Zugang zu diesen Lebensmitteln muss auf nachhaltige Weise erfolgen und darf die Wahrnehmung anderer Menschenrechte nicht beeinträchtigen.“



Völkerrechtliche Bewertung

Inhalt des Art. 11 Abs. 1 UN-Sozialpakt

- Nicht nur Verhindern des Verhungerns
- Erforderlich ist gesunde Ernährung

Was führt zu ungesunder Ernährung?

- Insbesondere fehlender Zugang, beispielsweise aufgrund von Armut
- Kosten für gesunde Ernährung sollten nicht so hoch sein, dass Erreichung oder Befriedigung anderer Grundbedürfnisse gefährdet oder beeinträchtigt wird



Völkerrechtliche Bewertung

Maßnahmen des Staates:

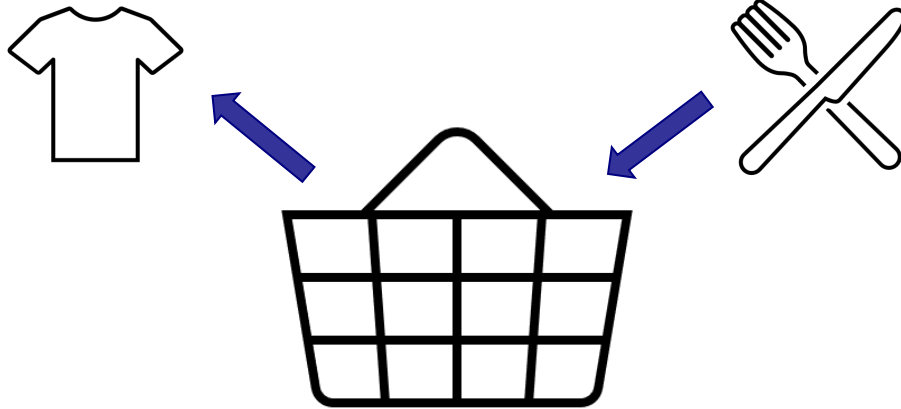
- Zugang zu Mitteln zur Sicherung des Lebensunterhaltes erleichtern
- Maßnahmen in anderen Bereichen, wie Bildung

Art. 2 Abs. 1 UN-Sozialpakt:

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, [...] unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln [...] die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.



Völkerrechtliche Bewertung



Ausschluss: Kosten für gesunde Ernährung sollten nicht so hoch sein, dass Erreichung oder Befriedigung anderer Grundbedürfnisse gefährdet oder beeinträchtigt wird

Abschließende Bemerkungen:

- Befürchtung, „dass die Höhe der Grundsicherung nicht ausreicht, um den Empfängerinnen und Empfängern [...] einen ausreichenden Lebensstandard zu ermöglichen“
- Bedenken, weil Berechnung „auf einer Stichprobenerhebung der Ausgaben der Haushalte mit den geringsten Einkommen beruht und bestimmte Basisausgaben nicht berücksichtigt“

Verfassungsrechtliche Bewertung

Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum

Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG

- Sozio-kulturelle Komponente
- Physische Komponente: u.a. Nahrung

Nahrung umfasst gesunde Ernährung

- Nur gesunde Ernährung kann nachhaltig die Existenz sichern
- Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes



Verfassungsrechtliche Bewertung

Eingeschränkte Prüfungskompetenz

Berechnungsverfahren:

„ob er [der Gesetzgeber] im Rahmen seines Gestaltungsspielraums ein zur Bemessung des Existenzminimums im Grundsatz **taugliches Berechnungsverfahren** gewählt hat, ob er die erforderlichen Tatsachen im Wesentlichen vollständig und zutreffend ermittelt und schließlich, ob er sich in allen Berechnungsschritten mit einem nachvollziehbaren Zahlenwerk innerhalb dieses gewählten Verfahrens und dessen Strukturprinzipien im Rahmen des Vertretbaren bewegt hat.“

Höhe der Leistungen:

„evident unzureichend“



Verfassungsrechtliche Bewertung

Zwar Gestaltungsspielraum der Legislative, aber

**Nachbesserungsobliegenheit bei erheblichen
Zweifeln an der tatsächlichen Deckung
existentieller Bedarfe**



Verfassungsrechtliche Bewertung

Möglichkeit des internen Ausgleichs?

Bundesverfassungsgericht:

- wenn ein im Regelbedarf nicht berücksichtigter Bedarf nur vorübergehend anfällt
- wenn ein Bedarf deutlich kostenträchtiger ist als der statistische Durchschnittswert

Hier aber: **dauerhafte Unterdeckung**



Staatliche Maßnahmen zur Verringerung der Ergebnisungleichheit

Ergebnisungleichheit:

„Vor- und Nachteile, die sich durch den Besitz wertvoller Güter oder durch den Zugang zu erstrebenswerten Positionen ergeben (zum Beispiel ungleiche Einkommen, Arbeitsbedingungen, Lebensstandards, etc.)“

Mögliche Maßnahmen:

- Vergrößerung der Referenzgruppe
- Manuelle Erhöhung des Ernährungsanteils im Regelbedarf
- Maßnahmen im Bereich Bildung und psychosozialer Status



Ungesunde Ernährung als Folge sozialer Ungleichheit?

Annalena Mayr
AnnalenaMayr@gmx.de

@AnnalenaMayr 

